

Land soll bei Kita-Kosten helfen

Freie Bürgermeister fordern finanzielle Unterstützung – „Kinderbetreuung ist Staatsaufgabe“

HOFGEISMAR/BISCHOFFEN. Die Finanzierung der Kindergärten kommt die Kommunen teuer zu stehen. Egal ob die Kitas von Kirchen, Verbänden oder den Städten und Gemeinden selbst getragen werden, die Kommunen tragen die Hauptlast. Sie kommen in der Regel nicht nur für die Gebäude, sondern zum großen Teil auch für die Personalkosten auf.

Die Zuschüsse aus den Gemeindehaushalten für die Kindergärten, die aufgrund der Vorgaben von Land und Bund in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen seien, machten bei den meisten auch das jährliche Defizit in der Kasse aus, heißt es in einer Erklärung der Parteiunabhängigen Bürgermeister (PuB) in Hessen. Zu diesem Kreis gehören auch sieben der zehn Bürgermeister im Kreisteil. Liebenaus Bürgermeister Peter Lange ist stellvertretender Sprecher der PuB auf Landesebene.

„Das Land muss uns von den Kosten für Kindergärten

entlasten“, sagt Lange. Für Gebäude und Sachmittel wollten die Kommunen ja gerne weiterhin aufkommen, aber für die Personalausgaben müsse das Land aus eigenen Mitteln ausreichend Geld zur Verfügung stellen. Denn, so Lange: „Kinderbetreuung ist Staatsaufgabe.“

So wie bislang könne es nicht weitergehen. Die Sparbemühungen der Kommunen reichten nicht mehr aus und auch durch die Reformpläne der Landesregierung zur Finanzausstattung der Gemeinden werde die Lage nicht besser.

Die freien Bürgermeister machen darauf aufmerksam,



Die Kommunen tragen einen Großteil der Kita-Kosten: Das ist auch in Reinhardshagen nicht anders, wo Erzieherin Susanne Krekeler Kinder betreut. Archivfoto: HNA

dass das Land im Länderfinanzausgleich zu den „Gebern“ gehört und andere Bundesländer gerade mit diesen Transfers ihre Kitas gebührenfrei stellen können. Deshalb sei es angebracht, dass das Land auch mal prüft, „ob eine Übernahme der Kosten für

eine solche Staatsaufgabe nicht womöglich vor der Zahlung an die Nehmer-Länder zu leisten ist“. Genau dies habe kürzlich auch der Hessische Städte- und Gemeindebund bei seiner Sitzung in Bad Vilbel Finanzminister Thomas Schäfer vorgeschlagen. (geh)